



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 10.05.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 14. Mai 2013, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 29.1.2013 und 13.3.2013**

2. **13-F-33-0023**

Elektromobilität Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 2.4.2013

Vielfach werden die mangelnden Elektrotankstellen als ein Grund dafür angesehen, dass so wenig Elektroautos gekauft bzw. genutzt werden.

Deshalb sollte eine möglichst einfache und effiziente Möglichkeit für die Einrichtungen von Elektrotankstellen für Wiesbaden eingeführt werden. Hierfür wurde das Konzept „mastintegrierter Systemsteckdosen“ entwickelt, bei denen kostengünstig die Möglichkeit besteht, Elektrotankstellen in Laternenmasten zu installieren.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu prüfen, ob mastintegrierte Systemsteckdosen auch mit den Laternenpfählen in Wiesbaden kompatibel sind.
2. falls kompatibel, Beispiele in Wiesbaden aufzuzeigen, an welchen Stellen das Parken und Tanken bei Laternenpfählen verwirklicht werden kann.
3. zu prüfen, ob die LHW am Feldtest der Firma *ubitricity* teilnehmen kann. Falls eine Teilnahme möglich ist, soll der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr umgehend über die Voraussetzungen informiert werden.

3. 13-F-33-0039

Vorstellung der Pläne zum Neubau der HSK und der DKD
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 3.5.2013 -

Die Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) beabsichtigen am Standort Freudenberg einen Neubau ihrer Kliniken zu errichten. In diesen soll künftig auch die Deutsche Klinik für Diagnostik (DKD) integriert werden. Mithilfe eines Ideenwettbewerbs wurde zwischenzeitlich festgestellt, dass die Zusammenführung von zwei Kliniken am Standort Ludwig-Erhard-Straße im Rahmen einer Neubaumaßnahme grundsätzlich möglich ist. Das eingesetzte Preisgericht hat die eingereichten Konzepte bewertet und den Vorschlag des Planungsbüros Gerlach, Schneider und Partner (GSP) zum Sieger dieses Wettbewerbs gekürt. Von den Geschäftsführungen der HSK und der DKD ist nun beabsichtigt den architektonischen Leitgedanken weiter zu verfolgen und GSP als Generalplaner mit der Planung zu beauftragen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten analog zur Vorgehensweise bei ähnlichen Großprojekten im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr das Konzept für den Neubau der HSK und der DKD sowie die weiteren Planungsschritte vorzustellen.

4. 13-F-03-0046

Zeitplan Maßnahmen Radwegenetz
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.4.2013 -

Am 10. Mai 2012 hat die Stadtverordnetenversammlung u.a. ein Radverkehrskonzept beschlossen. Ein Jahr später hat sich das - ebenfalls am 10. Mai 2012 beschlossene - Radverkehrsforum einmal getroffen. Außerdem gab es Einladungen, z.B. an die Ortsbeiräte, um die zu beschildernden Radrouten vorzustellen. Dennoch liegt bis heute kein konkreter Zeitplan für Maßnahmen der Radverkehrsförderung vor.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
einen Zeitplan für die durchzuführenden Maßnahmen im Bereich Radverkehr vorzulegen.
Der erste „Spatenstich“ für eine konkrete Maßnahme sollte spätestens im Frühjahr 2014 erfolgen.

5. 13-F-08-0040

Anmahnung der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 6. September 2012 zum Tätigwerden eines Gestaltungsbeirats der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.5.2013 -

Am 6. September 2012 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats der Landeshauptstadt Wiesbaden (Beschluss-Nr. 0417/2012). Die Tätigkeit des Beirats für Städtebau, Architektur und Baukultur der Landeshauptstadt wurde durch diesen Beschluss unmittelbar für beendet erklärt.

Zentrale Aufgabe des Gestaltungsbeirats sollte „die Förderung der Baukultur“ sein. „Er soll dem Schutz des Stadt- und Ortsbildes in historischer, architektonischer und planerischer Hinsicht dienen und v.a. Beratungsgremium für stadtgestalterische Aufgaben...sein. Der Gestaltungsbeirat soll zugleich die Aufgaben eines Denkmalbeirates i. S. d. § 3 Absatz 3 Denkmalschutzgesetz übernehmen.“ (Zitat aus der Kurzbeschreibung in der Sitzungsvorlage 12-V-01-0011). Seit dem Beschluss sind deutlich mehr als sechs Monate vergangen, ohne dass ein Gestaltungsbeirat seine Arbeit aufgenommen oder der Magistrat zumindest einen (aktuellen) Bericht gegeben hätte, warum bislang noch kein Tätigwerden zu erkennen ist.

Angesichts städtebaulicher Planungen von - auch hinsichtlich des Denkmalschutzes - großer Bedeutung wie dem Neubau der Rhein-Main-Hallen muss die bisherige Fehlanzeige hinsichtlich des Tätigwerdens eines Gestaltungsbeirates verwundern.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht geben hinsichtlich der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 6. September 2012 (Beschluss Nr. 0417).

6. 13-F-03-0047

Vorgärtengestaltung Adolfsallee
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.4.2013 -

Laut Berichten in der Lokalpresse wurden in der Vergangenheit (bis 1984 als der B-Plan in Kraft trat) in der Adolfsallee und Umgebung häufig Genehmigungen erteilt, in den Vorgärten PKW-Stellplätze einzurichten. Es wurden jedoch auch ohne Genehmigung Stellplätze in Vorgärten eingerichtet.

Dem zweifellos hohen Parkdruck in der Innenstadt steht jedoch der immer wichtiger werdende Wert eines attraktiven Wohnumfeldes gegenüber. Zu den oft aufwändig renovierten historistischen Prachtbauten, passen hortensienbestandene Vorgärten wesentlich besser als eine asphaltierte Fläche auf der Autos abgestellt sind.

Vor allem auch die Bewerbung Wiesbadens zum Weltkulturerbe ist ein Grund die Vorgärten wieder gärtnerisch herzustellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

Was tut die Stadtverwaltung, um die Ziele des B-Planes Adolfsallee aus 1984 (Erhalt der Vorgärten) vor dem Hintergrund illegaler Umwandlungen von Vorgärten in Parkplätze durchzusetzen?

7. 13-F-03-0048

ÖPNV-Anschluss Hockenberger Mühle
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.4.2013 -

Der Parkdruck rund um die Hockenberger Mühle ist an den Wochenenden in der Sommersaison sehr hoch und könnte mit einem ÖPNV-Anschluss vermindert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit ESWE in Verbindung zu treten, um zu prüfen, ob die Tour der Linie 24 an den Wochenenden der Sommersaison bis zur Hockenberger Mühle per Ringschluss verlängert werden kann.

8. 13-F-03-0050

Infrastrukturelle Maßnahmen Fernbusverkehr
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.4.2013 -

Seit der Marktliberalisierung zu Beginn des Jahres werden in vielen Städten Fernbusreisen angeboten. Hieraus erwächst vielerorts die Anforderung nach Fernbusterminals. In Frankfurt überlegt man beispielsweise am Südeingang des Hauptbahnhofs eine solche Anlage zu bauen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- wie viele Fernbuslinien Wiesbaden anfahren und ob weiterer Zuwachs zu erwarten ist.
- ob durch einen möglichen Zuwachs des Fernbusreiseangebots neue Anforderungen an die Infrastruktur (Fernbusterminal mit Umsteigemöglichkeit zur DB, evtl. Park & Ride Möglichkeit) entstanden sind, bzw. in Zukunft entstehen werden.
- wie er diesen möglichen Infrastrukturanforderungen begegnen wird.
- falls durch den Zuwachs an Fernbusreiseverkehr bauliche Maßnahmen nötig wären, wer die Kosten für solche Maßnahmen zu tragen hat.

9. 13-F-03-0051

Strafzettel gegen ÖPNV-Ticket

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.4.2013 -

Mit einer Kampagne „Das wäre Ihnen mit uns nicht passiert“ möchte die Infra Fürth Verkehr GmbH auf die Vorteile des ÖPNV hinweisen. Der bezahlte Strafzettel für falsches Parken kann gegen ein ÖPNV-Ticket, gültig für die gesamte Stadt, umgetauscht werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- Gemeinsam mit ESWE Verkehr zu prüfen, zu welchen Kosten eine gegebenenfalls zeitlich befristete Kampagne, wie die in Fürth, wo ein bezahlter Strafzettel für falsches Parken in ein ÖPNV-Ticket umgetauscht werden kann, in Wiesbaden zu realisieren wäre.
- Über das Ergebnis der Prüfung ist in einem der kommenden Ausschüsse zu berichten.

10. 13-F-03-0049

Neubau der Carl von Ossietzky-Schule am alten Standort

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7.5.2013 -

Die Carl von Ossietzky-Schule ist an ihrem bisherigen Standort in direkter Nachbarschaft der vorhandenen Blockbebauung städtebaulich sehr gut integriert und über die Buslinien 14, 17 und 275 gut an den ÖPNV angebunden. Der Spielplatz auf dem Flurstück 280 und die Grünfläche mit dem naturnahen Gehölzbestand auf der südlich angrenzenden Schulgrundstücksfläche (Flurstück 281) sollten unbebaut und als bedeutende Naherholungs- und Biotopfläche im dicht besiedelten Klarenthal erhalten bleiben.

Aus diesen Gründen ist ein Neubau der CvO am alten Standort einem Neubau in direkter südlicher Nachbarschaft vorzuziehen. Hierfür müsste die Schule während der Dauer der Neubaurbeiten vorübergehend ausgelagert werden. Dies hätte zudem den Vorteil, dass der laufende Schulbetrieb nicht von einer direkt angrenzenden Baustelle beeinträchtigt würde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und dem Ausschuss zu berichten,

1. ob der Neubau der Carl von Ossietzky-Schule am alten Standort erfolgen kann;
2. ob für den Zeitraum des Schulneubaus der Schulbetrieb an einen geeigneten Ort ausgelagert werden kann;
3. ob der Spielplatz und die südlich angrenzende Grünfläche als Freifläche erhalten bleiben können;
4. ob unter der Voraussetzung, dass eine Bebauung der Grünfläche unausweichlich ist,
 - die Bebauung an die südlich angrenzenden Reihenhäuser angebunden werden kann;
 - die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Gehölzstreifen aus Gründen der Biotopvernetzung erhalten werden können;
 - der bestehende Fußpfad zwischen Spielplatz und östlich angrenzender Bebauung erhalten werden kann;
 - die naturnahe Gehölzstruktur im Südosten des Grundstücks 281 zumindest teilweise erhalten werden kann.

11. 13-F-08-0039

Informationstafeln zum römischen Kastell, zum römischen Ehrenbogen und zu den römischen Meilensteinen an der Kreuzung Große Kirchenstraße/Marktstraße/Zehnthofstraße in Mainz-Kastel

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.5.2013 -

Im Zusammenhang mit der Entdeckung des Fundaments eines römischen Ehrenbogens („Germanicus-Bogen“) 1986 und der Einrichtung des Museums Römischer Ehrenbogen in der Großen Kirchenstraße wurde durch Variation des Straßenpflasters, Gestaltung einer Hauswand, Aufstellung bzw. Anbringung von Repliken von römischen Meilensteinen und Inschriften sowie durch Informationstafeln an Hauswänden auf die Lage und Bedeutung des römischen Kastells, des Ehrenbogens und der römischen Straßenzüge zwischen Castellum Mattiacorum, Moguntiacum und Aquae Mattiacorum hingewiesen.

Die Informationstafeln sind über Jahrzehnte der Witterung ausgesetzt und sind seit längerem nicht oder kaum noch lesbar. Eine Tafel wurde vor längerer Zeit im Zuge einer Fassadensanierung entfernt und nicht wieder angebracht.

Der Ortsbeirat hatte deshalb im November 2012 einstimmig beschlossen:

„Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass alle einst vorhandenen Tafeln durch neue Tafeln in qualitativvoller Ausführung umgehend ersetzt werden.“

Die Tafeln wurden leider bis heute nicht ersetzt. Der Ortsbeirat hat bis heute noch nicht einmal eine Rückmeldung seitens des Magistrats erhalten. Er hat deshalb dies angemahnt. Es ist völlig unverständlich, dass offenbar seitens der Stadtregierung so wenig Interesse an der Kenntlichmachung solch bemerkenswerter Funde aus der römischen Antike im Stadtgebiet besteht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge mitteilen,

wann endlich die Informationstafeln zu den Funden aus der Zeit der römischen Antike im Ortsbezirk Mainz-Kastel erneuert werden.

12. 13-F-03-0034 **ANLAGE**

Zukunft der Kita liegt am Geschwister Stock Platz
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.4.2013* -

13. 13-F-07-0002 **ANLAGE**

Bauvorhaben an der Wilhelmstraße
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.4.2013* -

14. 13-V-61-0004 **DL 14/13-12, 12/13-12**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Karl-Arnold-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim
- Satzungsbeschluss -

15. 13-V-61-0005 **DL 11/13-2**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Kureck-Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost -
Satzungsbeschluss -

16. 12-V-61-0007 **DL 09/13-1**

Bebauungsplan "Hermannsberg / Simmler" im Ortsbezirk Frauenstein
- Beschluss über die Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 16.02.2006 Nr. 0070
- Erneuter Satzungsbeschluss

17. 13-V-61-0008 **DL 09/13-15**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Aarstraße" im Ortsbezirk Nordost in
Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

18. 13-V-61-0015 **DL 14/13-13, 12/13-13**

Bebauungsplan "Bürgerhaus Medenbach" im Ortsbezirk Medenbach
- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

19. **12-V-61-0037** **DL 10/13-2**

Bebauungsplan "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Beschluss über die erneute Auslegung -

20. **12-V-61-0051** **DL 15/13-1**

Bebauungsplan "Freiburger Straße" im Ortsbezirk Delkenheim
- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss -

21. **Verschiedenes**

Tagesordnung II

1. **12-F-03-0150** **ANLAGE**

Denkmalschutz und Nutzung von Solarenergie vereinbaren
- *Bericht des Dezernates II vom 28.2.2013* -

2. **12-V-36-0024** **DL 10/13-1**

Abtrennung von Wellritz- und Kesselbach von der Mischkanalisation
2. Bauabschnitt - Herstellung der offenen Gerinne und Ertüchtigung der Spülleitung

3. **13-V-04-0003** **DL 10/13-3**

Stellungnahme zum Regionalen Nahverkehrsplan der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

4. **13-V-20-0004** **DL 09/13-4**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30. September 2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

5. **13-V-20-0005** **DL 09/13-5**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

6. **13-V-20-0006** **DL 09/13-6**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

7. **13-V-36-0011** **DL 15/13-2, 13/13-1**

Förderprogramm "Energieeffizient Sanieren" der Landeshauptstadt Wiesbaden

8. **13-V-52-0003** **DL 10/13-5**

Grundsatzvorlage: Umbau und Erweiterung der Mehrzweckhalle in Auringen

9. **13-V-61-0011** **DL 13/13-2, 10/13-7**

Grünbereich Mathildenhof in Mainz-Kostheim

10. **13-V-63-0003** **DL 15/13-3**

Wiesbaden-Biebrich, Äppelallee, Flur 5, Flurstück 217/2, Veränderte Ausführung des XXXL Möbelhauses

11. **13-V-66-0201** **DL 14/13-14, 12/13-14**

Ernst-Göbel-Straße - Schulwegsicherung Wiesbaden-Kloppenheim

12. **13-V-66-0207** **DL 14/13-15, 12/13-15**

Am Wasserturm / Nordenstädter Straße in Wiesbaden-Igstadt - Gehwegverbreiterung

13. **13-V-66-0210** **DL 14/13-16, 12/13-16**

Hans-Römer-Platz in Schierstein - Neugestaltung

14. **13-V-66-0216** **DL 15/13-4**

Haltestellenumbau Wilhelm-Leuschner-Straße

15. **13-V-66-0217** **DL 09/13-16**

Erarbeitung eines Radverkehrsplanes

- | | |
|---|--------------------|
| 16. 13-V-66-0224 | DL 10/13-8 |
| Parkgebührenordnung - Bericht über die Wirkung der Gebührenerhöhung | |
| 17. 13-V-66-0301 | DL 10/13-9 |
| Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2013 | |
| 18. 13-V-66-0303 | DL 10/13-10 |
| Brückenbauwerk über den Rambach im Zuge der Danziger Straße | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender